

Rettungsfonds fürs Festspielhaus?

Massive Einnahmeausfälle: Baden-Badener Opernhaus beantragt Hilfe vom Land

Von Christiane Lenhardt

„Keine Einnahmen und viele Ausgaben“: Der Baden-Badener Festspielhaus-Intendant Benedikt Stampa bringt die problematische Schieflage auf den Punkt, in die Deutschlands größtes, privat betriebenes Opern- und Konzerthaus durch die coronabedingte Schließung geraten ist. „Wir haben deswegen beim Land Baden-Württemberg einen Rettungsfonds beantragt“, erklärte Stampa im BT-Gespräch. Kurzarbeit habe man schon angemeldet, das sei Voraussetzung gewesen, um überhaupt in eine Diskussion um Hilfsgelei- der vom Land eintreten zu können. „Ein Rettungsschirm, wie er jetzt beantragt ist, wäre nur für das Jahr 2020, eine einmalige finanzielle Hilfe“, betonte Intendant Stampa. Nun warte das Haus auf eine baldige Entscheidung des Landes.

Unterstützung erhält das Festspielhaus jetzt von den CDU-Landtagsabgeordneten Alexander Becker aus Rastatt und Tobias Wald aus Baden-Baden. Die beiden Politiker haben einen gemeinsamen Brandbrief an Kunstministerin Theresia Bauer nach Stuttgart geschickt, wie sie gestern bekannt gaben, in dem sie einen solchen „Rettungsfonds für gemeinnützige kulturelle Einrichtungen wie das Festspielhaus

Baden-Baden“ fordern. Denn diese Einrichtungen fallen momentan durchs Raster staatlicher Fördermaßnahmen, wie sie Baden-Württemberg schon zu Beginn der Pandemie-Maßnahmen für Landesinstitutionen und für die freie Kunst- und Kreativszene aufgelegt hat. „Massive Einnahmeausfälle durch die Absage kompletter Spielzeiten bedrohen aber die Existenz der gemeinnützig geführten Häuser“, wie der privaten Kulturstiftung in Baden-Baden, heißt im Schreiben, das dem BT vorliegt. Im Falle des Festspielhauses beziffern die Abgeordneten die Einnahmeausfälle, seit der Absage der Osterfestspiele und bis zum Saisonende auf rund sechs Millionen Euro. „Diese Zahl kann ich bestätigen“, sagte gestern auch der Festspielhaus-Intendant.

Die Ende Mai anstehenden Pfingstfestspiele sind zwar noch nicht abgesagt, stehen aber mehr als auf der Kippe – und auch mit den Sommerfestspielen von Anfang bis Ende Juli wird kaum noch gerechnet, zumal das Mariinsky-Orchester mit Dirigent Valery Gergiev auftreten sollte. „Ob die russischen Musiker anreisen dürfen, dahinter steht ein großes Fragezeichen“, gibt der Intendant zu bedenken, allerdings würden momentan ganz unterschiedliche Szenarien entwi-

ckelt. Wenn es doch gelänge, wie auch immer, Konzerte stattfinden zu lassen.

Die Krux dabei ist: Bis mindestens 31. August sind Großveranstaltungen in Deutschland untersagt. Mit Ideen für Auftritte kleinerer Ensembles in kleinerem Rahmen, wie sie das Land Baden-Württemberg kommende Woche ins Spiel bringen möchte, ist dem 2 500-Plätze-Haus nicht gedient. „Ohne Subventionen, wie sie die Staatstheater oder die städtischen Bühnen erhalten, ist bei uns kein mittelvoller Saal finanziell darstellbar“, fügte Stampa hinzu: „Von uns wird ein Festspielprogramm erwartet.“

Abgeordnete fordern Volksschauspiele-Fonds

Sogar der neue Spielzeitakt im Herbst sei unter den gegebenen Corona-Schutzmaßnahmen noch längst nicht gesichert, auch wenn der Kartenverkauf im Festspielhaus, wie Stampa schilderte, bereits sehr gut angelaufen sei.

Überhaupt erwiesen sich die Stifter, die Freunde und die treuen Konzertbesucher – aus der Region national wie international –, derzeit als große Stütze. „Auf allen Ebenen wird gespendet, werden Karten nicht zurückgegeben sondern

getauscht“, so Stampa. Auch Neueintritte im Freundeskreis gebe es bereits, nicht zuletzt aufgrund des Aufrufs zu finanzieller Hilfe, den das Festspielhaus an seinen Unterstützerkreis bereits Mitte März sandte.

„Diese Signale sind in jeder Beziehung erfreulich, sogar aus Japan bekommen wir Unterstützerbriefe – von Menschen, die die Osterfestspiele in den vergangenen Jahren besucht hatten.“ Aber die privaten Spenden reichten bei Weitem nicht aus: „Sie spühlen nicht so viele finanzielle Sorgen weg“, betonte Intendant Stampa. Die große Wertschätzung des Publikums zeige aber, wie bedeutend das Festspielhaus als Kulturinstitution für Baden-Baden und für ganz Baden-Württemberg sei.

Auch die Landtagsabgeordneten Becker und Wald betonen in ihrem Brief an die Landeskunstinisterin „die große Strahlkraft“ des Festspielhauses, mit hoher Wertschöpfung für den Tourismus und die Gastronomie der Region um Baden-Baden. „Auch belegen zwei Gutachten der Universität St. Gallen, dass der Stadt Baden-Baden und der Region durch das Festspielhaus eine zusätzliche Kaufkraft von rund 50 Millionen Euro pro Jahr zufließen“, so die Politiker.

Eingesetzt haben sich Wald



Intendant Benedikt Stampa im leeren Festspielhaus: Wann der Spielbetrieb weitergeht, ist offen. Foto: Grund/FSH

und Becker auch für die zweite große gemeinnützige Kulturinstitution der Region – die Volksschauspiele Ötigheim, die ebenfalls ihrer Meinung nach von einem Rettungsfonds profitieren sollte, wengleich die Tellspiele schon vor Ort mit einer Bürgerschaft der Gemeinde Ötigheim vor der Insolvenz gerettet wurden.

„Private Mäzene und die betroffenen Kommunen leisten bereits ihr Möglichstes, die Rettung zu unterstützen“, so

die Landtagsabgeordneten in ihrem Appell an die Ministerin. Im Unterschied zu den Staatstheatern in Karlsruhe und Stuttgart seien sowohl das Festspielhaus als auch die Volksschauspiele – die immerhin pro Aufführung 4 000 Plätze in ihrer Freilichtbühne sommers zu vergeben haben – nicht staatlich abgesichert. „Hier muss das Land nun auch mitziehen“, so der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Wald.